



Dekret

Decreto

der Landesdirektorin
des Landesdirektors

della Direttrice provinciale
del Direttore provinciale

Nr.

N.

13519/2018

16.3 Amt für das Lehrpersonal - Ufficio Personale docente

Betreff:

Katharina Kremer - Anerkennung der
Berufsqualifikation zur Ausübung des
Berufs als Lehrperson an
deutschsprachigen Grundschulen in der
autonomen Provinz Bozen

Oggetto:

Katharina Kremer - Riconoscimento del
titolo di formazione professionale ai fini
dell'esercizio della professione di docente
nelle scuole primarie in lingua tedesca nella
provincia autonoma di Bolzano

Die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005, in geltender Fassung, über die Anerkennung von Berufsqualifikationen wurde in Italien mit dem gesetzvertretenden Dekret vom 9. November 2007, Nr. 206, in geltender Fassung, übernommen. Der Artikel 5, Absatz 1, Buchstabe f), des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 206/2007 bestimmt, dass das Unterrichtsministerium zuständig ist, die Anträge zu erhalten und die Entscheidungen über die Anerkennung in Bezug auf Lehrpersonen an den Grund-, Mittel- und Oberschulen zu treffen.

Der Artikel 1, Absatz 190, des Gesetzes vom 13. Juli 2015, Nr. 107, überträgt der Autonomen Provinz Bozen die Ausübung der Aufgaben der Staatsverwaltung auf dem Sachgebiet der Anerkennung von in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union erworbenen Berufsqualifikationen zur Ausübung des Berufs als Lehrperson an Grund- und Sekundarschulen für jene Wettbewerbsklassen, die nur in der Autonomen Provinz Bozen vorhanden sind, oder die in deutscher Sprache an den deutschsprachigen Schulen der Autonomen Provinz unterrichtet werden.

Der Artikel 1 des Beschlusses der Landesregierung vom 29. September 2015, Nr. 1112, überträgt den Schulämtern und damit auch dem Deutschen Schulamt die Zuständigkeit, die Entscheidungen im Zusammenhang mit den Anträgen nach Maßgabe von Artikel 1, Absatz 190, des Gesetzes vom 13. Juli 2015, Nr. 107, zu treffen.

Der Artikel 3 des Beschlusses der Landesregierung vom 29. September 2015, Nr. 1112, sieht vor, dass der Schulamtsleiter mit Dekret über die Anerkennungsanträge zur Ausübung des Berufs als Lehrerin oder Lehrer an Grund- und Sekundarschulen befindet.

Der Artikel 7, Absatz 2, Buchstabe b) des Dekrets des Landeshauptmanns vom 15. Dezember 2017, Nr. 45 betreffend die Verordnung über die Gliederung, Benennung und Aufgaben der Deutschen Bildungsdirektion sieht vor, dass die Landesschuldirektorin die Befugnisse der Schulamtsleiterin ausübt.

Der Artikel 4 des Beschlusses der Landesregierung vom 29. September 2015, Nr. 1112, sieht die Begutachtung der Anträge durch eine schulämterübergreifende Kommission vor. Diese Kommission wurde mit Dekret des Schulamtsleiters vom 17. März 2016, Nr. 2685, ernannt.

Die Antragstellerin, Katharina Kremer, hat bei der Abteilung Bildungsverwaltung einen Antrag um berufliche Anerkennung der Lehrbefähigung in deutscher Sprache eingereicht.

Katharina Kremer, geboren am [REDACTED] in Bozen, italienische Staatsbürgerin, hat das Bachelorstudium für das Lehramt für Volksschulen an der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/Krems mit dem akademischen Grad „Bachelor of Education (BEd)“ abgeschlossen. Dieser Abschluss gewährt gemäß den Bestimmungen des Hochschulgesetzes 2005 (in der aktuellen Form samt bisher erfolgter Änderungen), BGBl. I. Nr. 30/2006 in Österreich Zugang zum reglementierten Beruf einer Lehrerin an Volksschulen.

Die Antragstellerin ist deutscher Muttersprache und verfügt damit über die notwendigen Sprachkenntnisse im Sinne von Artikel 19 des Autonomiestatuts, das mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670, genehmigt wurde.

Das Gutachten vom 10. Juli 2018 der schulämterübergreifenden Kommission, gemäß Artikel 3 des Beschlusses der Landesregierung vom 29. September 2015, Nr. 1112, sieht aufgrund der wesentlichen Unterschiede im Inhalt der in Österreich absolvierten Ausbildung zum Erwerb der Berufsbefähigung als Lehrerin Ausgleichsmaßnahmen für die Anerkennung vor.

Dies alles vorausgeschickt verfügt die Landesschuldirektorin:

Die in Österreich erworbene Berufsbefähigung für die Ausübung des Berufs als Lehrerin wird für den Unterricht an deutschsprachigen Grundschulen in Südtirol nach positiver Absolvierung der nachstehend angeführten Ausgleichsmaßnahmen anerkannt. Für die Absolvierung der Ausgleichsmaßnahme gilt das Wahlprinzip zwischen Eignungsprüfung und Anpassungslehrgang.

a. Eignungsprüfung:

Die Eignungsprüfung besteht aus einer mündlichen Prüfung, im Rahmen derer die Kandidatin aufzeigen soll, dass sie die wichtigsten rechtlichen und inhaltlichen Grundsätze der Grundschule, im Besonderen die Rahmenrichtlinien des Landes und die inklusive Ausrichtung des italienischen Schulsystems, kennt und anhand ihrer Berufserfahrung Verknüpfungen zwischen Theorie und Praxis herstellen kann.

Im Rahmen der mündlichen Prüfung wird Folgendes überprüft:

- Eingehende Kenntnis der Rahmenrichtlinien des Landes, insbesondere der fachlichen und fächerübergreifenden Richtlinien. (Beschluss der Landesregierung vom 19. Jänner 2009)
- Fähigkeit, kompetenzorientierte Lerneinheiten zu entwickeln
- Fähigkeit, Differenzierungs- und Individualisierungsmethoden für einen inklusiven Unterricht zu planen
- Fähigkeit, Formen der Beobachtung, der Lernprozessreflexion und -dokumentation sowie Formen der Leistungserhebung zu planen und entsprechende Kriterien zur Leistungsbewertung zu erstellen
- Kenntnis der rechtlichen Grundlagen zur Bewertung der Schülerinnen und Schüler an Südtirols Grundschulen

Die Kommission setzt sich aus einer Schulführungskraft der Grundschule und aus zwei Lehrpersonen mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag, ebenfalls aus der Grundschule, zusammen.

Im Falle eines Nichterscheinsens der Kandidatin oder im Falle eines Nichtbestehens der Prüfung, kann die Prüfung nach dem Verstreichen einer Mindestfrist von 6 Monaten ein weiteres Mal wiederholt werden.

b. Anpassungslehrgang:

Der Anpassungslehrgang hat die Dauer eines Schuljahres und beläuft sich neben Hospitationen auf mindestens 80 Stunden selbst durchgeführten praktischen Unterricht. Die Hospitationen dürfen einschließlich dokumentierter Vor- und Nachbereitung das Ausmaß von 9 Stunden nicht überschreiten. Der Anpassungslehrgang muss an einer deutschsprachigen Grundschule des Landes im Rahmen des Unterrichts absolviert und von einer Lehrperson mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag als Tutorin begleitet werden. Am Ende des Anpassungslehrgangs nimmt die Schulführungskraft der Schule, an der der Anpassungslehrgang durchgeführt wurde, eine Bewertung vor, die sich auf das Gutachten der Tutorin / des Tutors stützt. Im Falle einer negativen Bewertung kann der Anpassungslehrgang ein weiteres Mal wiederholt werden.

Das Amt für das Lehrpersonal der Abteilung Bildungsverwaltung ist für die Organisation der Ausgleichsmaßnahmen zuständig.

Gegen diese Maßnahme kann innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt Aufsichtsbeschwerde gemäß Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, bei der Landesregierung eingelegt werden.

Gegen diese Maßnahme kann innerhalb von 60 Tagen ab Erhalt Rechtsbeschwerde gemäß Gesetz vom 6. Dezember 1971, Nr. 1034, bei der Autonomen Sektion der Provinz Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichts eingelegt werden (D.P.R. vom 6. April 1984, Nr. 426).

Die Landesschuldirektorin
Sigrun Falkensteiner

if



Sichtvermerke gemäß Art. 13 des LG Nr. 17/1993 über die fachliche, verwaltungsgemäße und buchhalterische Verantwortung

Visti ai sensi dell'art. 13 della L.P. 17/1993 sulla responsabilità tecnica, amministrativa e contabile

Der Abteilungsdirektor
Il Direttore di Ripartizione

FALKENSTEINER SIGRUN

16/07/2018

Der Amtsdirektor
Il Direttore d'Ufficio

LAMPRECHT SABINE

16/07/2018

Der Abteilungsdirektor
Il Direttore di Ripartizione

TSCHIGG STEPHAN

17/07/2018

Es wird bestätigt, dass diese analoge Ausfertigung, bestehend - ohne diese Seite - aus 4 Seiten, mit dem digitalen Original identisch ist, das die Landesverwaltung nach den geltenden Bestimmungen erstellt, aufbewahrt, und mit digitalen Unterschriften versehen hat, deren Zertifikate auf folgende Personen lauten:

nome e cognome: Sigrun Falkensteiner
codice fiscale: IT:FLKSRN75L71B220D
certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2
numeri di serie: 3613523
data scadenza certificato: 01/03/2020 00.00.00

nome e cognome: Stephan Tschigg
codice fiscale: IT:TSCSPH72A07A952D
certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2
numeri di serie: 4287419
data scadenza certificato: 19/05/2020 00.00.00

Am 15/10/2018 erstellte Ausfertigung

Si attesta che la presente copia analogica è conforme in tutte le sue parti al documento informatico originale da cui è tratta, costituito da 4 pagine, esclusa la presente. Il documento originale, predisposto e conservato a norma di legge presso l'Amministrazione provinciale, è stato sottoscritto con firme digitali, i cui certificati sono intestati a:

nome e cognome: Sabine Lamprecht
codice fiscale: TINIT-LMPSTN82E42I729H
certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2
numeri di serie: 7675601
data scadenza certificato: 04/04/2021 00.00.00

Copia prodotta in data 15/10/2018

Die Landesverwaltung hat bei der Entgegennahme des digitalen Dokuments die Gültigkeit der Zertifikate überprüft und sie im Sinne der geltenden Bestimmungen aufbewahrt.

Ausstellungsdatum

17/07/2018

Diese Ausfertigung entspricht dem Original

L'Amministrazione provinciale ha verificato in sede di acquisizione del documento digitale la validità dei certificati qualificati di sottoscrizione e li ha conservati a norma di legge.

Data di emanazione

Per copia conforme all'originale

Datum/Unterschrift

Data/firma